

Beiträge zur Politischen Wissenschaft

Band 143

Richard Saage

**Elemente einer politischen
Ideengeschichte der Demokratie**

Historisch-politische Studien

**Herausgegeben und eingeleitet
von Axel Rüdiger**



Duncker & Humblot · Berlin

RICHARD SAAGE

Elemente einer politischen
Ideengeschichte der Demokratie

Beiträge zur Politischen Wissenschaft

Band 143

Richard Saage

Elemente einer politischen Ideengeschichte der Demokratie

Historisch-politische Studien

Herausgegeben und eingeleitet
von Axel Rüdiger



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2007 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Satz und Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-0421

ISBN 978-3-428-12307-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorbemerkung des Herausgebers

Die abgedruckten Texte Richard Saages, die zwischen 1974 und 2006 entstanden sind, wurden unverändert in dem vorliegenden Band publiziert. Allerdings sind orthographische und grammatikalische Fehler des Erstdrucks der Aufsätze korrigiert worden. Dem Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main, dem VS Verlag Wiesbaden, dem Verlag S. Hirzel Stuttgart/Leipzig sowie dem Nomos Verlag Baden-Baden danke ich für die freundliche Genehmigung des Wiederabdrucks der hier versammelten Aufsätze. Dankend hervorheben möchte ich aber gleichfalls, dass die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg den Druck finanziell unterstützt hat. Mein Dank gilt nicht zuletzt jedoch auch dem Diplom-Politologen Peter Haensch sowie stud. phil. Moritz Schneider und stud. phil. Till Leibersperger für ihre redaktionellen Hilfestellungen.

Halle, im Oktober 2006

Axel Rüdiger

Inhaltsverzeichnis

Axel Rüdiger: Politik und Geschichte: Demokratietheorie zwischen Kontingenz und Universalität	7
--	---

Teil I: Das Zeitalter der großen bürgerlichen Revolutionen

Widerstandsrecht und Toleranzprinzip im Aufstand der Niederlande	39
Zur politischen Theorie der großen Englischen Revolution	69
Probleme der Sozialgeschichte der amerikanischen Revolution	93

Teil II: Deutscher Idealismus

Zum 200. Todestag Immanuel Kants (gemeinsam mit Susann Held)	129
Kants Rechtsphilosophie und der Besitzindividualismus. Anmerkungen zum 200jährigen Jubiläum der „Metaphysik der Sitten“	137
Friedensutopien. Kant, Fichte, Schlegel, Görres (gemeinsam mit Zwi Batscha)	147
Zur neueren Rezeption der politischen Philosophie Johann Gottlieb Fichtes	171
Hegel und die Demokratie	213

Teil III: Demokratie in der Zwischenkriegszeit

Politische Ideengeschichte in demokratietheoretischer Absicht. Das Beispiel Hans Kelsen und Max Adlers in der Zwischenkriegszeit	231
Otto Bauer (1881 – 1938): Ein Lebensbild	249
Zwanzig Jahre danach: „Faschismustheorien“ und ihre Kritiker. Vorwort zur Neuauflage	265

Teil IV: Aspekte der demokratischen Entwicklung nach 1945

Die SPD und die Furcht unserer Nachbarn vor einem „Vierten Reich“	281
Liberaler Demokratie. Zur aktuellen Bedeutung eines politischen Begriffs	295
Zwischen Triumph und Krise. Zum Zustand des westlichen Verfassungstyps nach dem Zusammenbruch der Diktaturen in Osteuropa	305
Literaturverzeichnis	317
Drucknachweise	339

Abkürzungen

A. a. O.	Am angegebenen Ort
Anm.	Anmerkung
ARD	Allgemeine Rundfunkanstalten Deutschlands
Art.	Artikel
Bd.	Band
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Ebd.	Ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
f.	folgende
GG	Grundgesetz
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FN	Fußnote
HZ	Historische Zeitschrift
Jg.	Jahrgang
Komintern	Kommunistische Internationale
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Mass.	Massachusetts
NPL	Neue Politische Literatur
NS	Nationalsozialismus
N.S.	Neue Serie
o. J.	ohne Jahreszahl
p.	page
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PVS	Politische Vierteljahresschrift
S.	Seite
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SDAPÖ	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
Vf.	Verfasser
Vgl.	Vergleiche
Zit. n.	Zitiert nach

Politik und Geschichte: Demokratiethorie zwischen Kontingenz und Universalität

Axel Rüdiger

Die vorliegende Aufsatzsammlung fasst historische Studien zur Demokratietheorie zusammen, die Richard Saage über einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren vorgelegt hat. Die frühesten Texte stammen aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, andere wiederum gehören der jüngsten Vergangenheit an. So spiegelt diese Anthologie nicht nur eine intellektuelle Entwicklung wider; sie markiert auch Verschiebungen in den jeweiligen Gegenständen des Erkenntnisinteresses und führt verschiedene Perspektivwechsel vor. Dadurch eröffnet sich ein reizvoller Blick in die Werkzeugkiste einer politischen Theorie, die schließlich in eine kürzlich erschienene zusammenfassende Darstellung der Demokratietheorien mündete¹. Das bearbeitete Gegenstandsfeld reicht von den Emanzipationskämpfen der Frühen Neuzeit, der politischen Philosophie des Deutschen Idealismus über die Impulse, welche die moderne Demokratie der Arbeiterbewegung verdankt bis hin zu den gegenwärtigen Debatten über die Zukunft der liberalen Demokratie. Ein besonderes Merkmal besteht hierbei in der Verbindung der politischen Dimension der Sozialgeschichte mit den hegemonialen Kämpfen um Begriffe und Konzepte, wie sie in der politischen Theorie geführt werden. Die Leitidee, welche alle Texte trotz zeitlicher und inhaltlicher Entfernung eint, ist das Verhältnis der Geschichte zu Politik und Demokratie. Ausgehend von diesem grundlegenden Zusammenhang sollen in der Folge Saages Texte mit Hilfe einer etwas weiter ausholenden Reflexionsbewegung in einem aktuellen Rahmen kontextualisiert werden. Im Zentrum steht dabei der spezifisch politische bzw. demokratische Anteil in der spannungsvollen Vermittlung von historischer Kontingenz und allgemeinem Geltungsanspruch.

I. Dekonstruktion und Rekonstruktion von Geschichte und Politik

Was also verbindet die Politik mit der Geschichte im Allgemeinen und mit der Demokratie im Besonderen? Eine entscheidende Voraussetzung für den Versuch einer Antwort ist wohl die Bestimmung der Form, in welcher Politik und

¹ Saage 2005.

Geschichte sich begegnen können. So strebt jede politische Ordnung danach, sich als eine auf Dauer angelegte Institution mit allgemeinem, überzeitlichem Anspruch darzustellen. Täte sie dies nicht, verlöre ihr allgemeiner Anspruch auf Autorität an Geltung. Gelänge dieser Anspruch jedoch in einem vollständigen Sinne, könnte die Politik auf die Geschichte verzichten. Sie wäre geschichtslos. Das müsste nicht unbedingt heißen, dass es keine voneinander unterscheidbaren Ereignisse mehr gäbe, die Ereignisse hätten nur keinen Einfluss mehr auf den strukturellen Rahmen der Politik, in dem sie passierten. Es wäre sogar möglich den einzelnen Ereignissen eine radikale Kontingenz einzuräumen, ohne dass dies etwas an der politischen Superstruktur ändern würde. Die Reflexion der Politik könnte sich dann voll und ganz ahistorisch auf die bloße Funktion des politischen Systems beschränken.

Ein solcher Fall käme freilich nur in Betracht, wenn es gelänge, die Spaltungen und Risse einer Gesellschaft gleichsam organisch zu überwinden oder zumindest komplett und harmonisch durch die Politik zu repräsentieren. In einer Gesellschaft mit demokratischem Anspruch ist dies aber qua Voraussetzung undenkbar, da hier die Differenz und der Konflikt zum internen Bestandteil der politischen Ordnung erhoben werden. Der nicht zu beseitigende Riss in der Legitimität verhindert die vollständige Monopolisierung des Politischen in einem System und setzt damit sowohl die Möglichkeit einer prozessierenden Geschichte als auch der Demokratie frei. Beide stehen insofern in einem konstitutiven Zusammenhang. Nicht zufällig entstand der prozessuale Geschichtsbegriff mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert.² Im Singular ist er die Geschichte des Souveräns, der damit seine Herrschaft gegen seine Konkurrenten begründet. Zur fortschrittlichen Emanzipationsgeschichte wird sie dann mit der Idee der Volkssouveränität umgebildet. Aber mit der Erosion von Souveränität und der Pluralisierung der um Legitimität werbenden politischen Akteure pluralisiert sich auch die Geschichte, sie wird zu einem pluralen und relationalen Bündel von kontingenten Geschichten. An die Stelle des Kollektivsingulars Geschichte treten historische Praktiken und Erzählungen, die um den Legitimitätsglauben werben. Das Ende der großen Erzählungen fällt schließlich zusammen mit der „postmodernen Konstellation“.³

Wenn es nun scheint, als löse sich alles in einer kontingenten Historizität auf, so soll hier doch behauptet werden, dass dies erst eine Voraussetzung dafür ist, um den Gegenstand des Politischen in umfassender Weise bestimmen zu können. Nach dem Zerfall der natürlichen bzw. selbstevidenten Ordnungen kann die Politik ihren allgemeinen Anspruch nur noch mit Hilfe einer radikalen Referenz auf die Geschichte einlösen. Doch um diese Konstellation radikaler Historizität beschreiben zu können, muss die politische Theorie selbst einen ahistorischen Standpunkt einnehmen. Dies ist jedoch nur scheinbar paradox und meint: um die Historizität als eine universale Konstellation zu erfassen, kann sich die Theorie nicht unkritisch auf die isolierte historische Selbstbeschreibung der politischen Akteure

² Vgl. Koselleck 1979.

³ Lyotard 1986.

hinsichtlich ihrer universalen Ansprüche beschränken.⁴ Die solchermaßen vorgetragenen Ansprüche können auch nicht mit einem außerhistorischen Prinzip abstrakter Wahrheit – etwa einer mit absolutem Anspruch auftretenden Theologie oder Philosophie – evaluiert werden. Vielmehr muss der verallgemeinernde Anspruch eines historischen Akteurs unter Bezugnahme auf die gesamte und konkrete historische Konstellation betrachtet werden. Erst von hier aus lassen sich allgemeine historische Effekte verifizieren und von einer gleichwohl historisch relativierten Perspektive auch gewissermaßen philosophisch bewerten. Die Spuren eines solchen Vorgehens lassen sich in der idealtypischen Methode Max Webers ebenso finden wie in der archäologischen Michel Foucaults oder dem Konzept des epistemologischen Bruchs, wie es u. a. von Pierre Bourdieu in der politischen Soziologie vertreten wurde.⁵ Der allgemeine Anspruch einer Geschichte darf demnach nicht pars pro toto mit den historischen Praktiken verwechselt werden. Nach Weber dürfen die Zwecke – etwa Legitimität herzustellen – nicht mit den konkreten Mitteln verwechselt werden, welche zur Herstellung von Legitimität verwendet werden. Der seriöse Anspruch ihrer Artikulationen darf nach Foucault nicht a priori ernst genommen werden, um überhaupt analysieren zu können, wie Seriosität und Legitimität entstehen. Insoweit ist dieser methodische „Ahistorismus“ auch notwendig verbunden mit einer „apolitischen“ Haltung, welche die politische Performanz und insbesondere ihre symbolische Wirkung stilllegt. Diese apolitische Haltung war auch schon in der Behauptung von Marx präsent, dass der Staat eben nicht das sittliche Allgemeine, sondern das Machtinstrument der herrschenden Klasse ist. Auch der marxistische Ökonomismus hat insoweit eine dekonstruktivistische Dimension, welche die performative Selbstbeschreibung der Politik außer Kraft setzt und delegitimiert.

Ebenso wie die Dekonstruktion der Geschichte die Voraussetzung für die Erkenntnis der radikalen Historizität von Geschichte ist, kann auch die Dekonstruktion der Politik den Schlüssel zu dem kontingenten Terrain des Politischen liefern, welches einerseits das Operationsfeld der autorisierten wie autorisierenden Diskurse der Politik ist, andererseits aber von diesen jedoch zugleich verdeckt wird. In Bezug auf den Staat als Monopolist von physischer und symbolischer Gewalttätigkeit muss der Politikwissenschaftler daher einem methodischen Anarchisten gleichen, um überhaupt zum Politischen vordringen zu können. Einem solchen Verfahren entspricht auch Webers Postulat von der wissenschaftlichen Werturteilsfreiheit, die keinesfalls als eine formale Deskription missverstanden werden darf, in welcher der Staat sich selbst bespiegelt. Die in Webers methodischem Postu-

⁴ Dies findet sich in der Kritik Poppers an der Formulierung historischer Gesetzmäßigkeiten (Popper 1986) ebenso wie die methodisch und politisch von ganz anderen Voraussetzungen argumentierende marxistisch-strukturalistische Kritik Althusser am Historizismus (Althusser 1968). Selbst die in der Aufklärung etwa von Spinoza entwickelte historisch-kritische Methode enthält gegenüber der hegemonialen Herrschaftsgeschichte in weltlichen Chroniken und geistlichen Texten eine dezidiert ahistorische Stoßrichtung.

⁵ Vgl. Weber 1988; Foucault 1995; Bourdieu / Chamboredon / Passeron 1991.